

gelegentlich von „politischer Ökonomie“ die Rede ist, so bleibt deren Bedeutung unklar, was für einen Großteil des anglophonen Sprachgebrauchs sogar typisch ist. Selbst wenn sich in seinem Beitrag noch am stärksten eine begriffliche Auseinandersetzung erkennen lässt, etwa mit der anscheinend nicht von allen Autor:innen geteilten These, „*racial capitalism* und Kolonialismus“ seien „unterschieden und miteinander verwoben“ (60), lässt auch Goldstein im Unklaren, was genau unter der „politischen Ökonomie der Adoption“ (69) denn zu verstehen sei, wie etwa hier nicht nur Leid produziert, sondern anscheinend, aber auf nicht explizierte Weise Aneignungsprozesse organisiert werden.

Vor allem aber sticht neben der wenig reflektierten Heterogenität der Themen die Fixierung der Debatte auf die USA ins Auge. Das hat auch begriffliche Folgen: Es ist ein dringliches Erfordernis, die Konstitution auch der USA durch Siedlerkolonialismus und damit einhergehend die brutalen Prozesse der Landenteignung ins Bewusstsein zu rücken. Aber wie soll eine allein darauf basierende, aber mit universellem Anspruch versehene Begrifflichkeit dort funktionieren, wo vergleichbare Prozesse nicht vorliegen oder sehr viel anders verliefen? Das gilt nicht nur für Europa, sondern auch für große Teile Asiens und Afrikas.

Dieser Band beschreibt so eher Probleme eines Begriffs oder auch eines Programms von *Colonial Racial Capitalism*, als dass er ein insgesamt überzeugendes Konzept vorstellen könnte. Als analytische Sozialberichte lohnen sich die Einzelbeiträge dagegen allemal.

Reinhart Kößler

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v44i3.09>

Cathi Albertyn, Meghan Campbell, Helena Garcia Alviar, Sandra Fredman & Martha Rodriguez de Assis Machado (Hg.): *Feminist Frontiers in Climate Justice. Gender Equality, Climate Change and Rights*. Cheltenham & Northampton, US-MA: Edward Elgar 2023, 310 Seiten (<https://doi.org/10.4337/9781803923796>)

Die Klimakrise betrifft vor allem verarmte Frauen in Ländern des globalen Südens, die bereits multiple Formen der Diskriminierung bewältigen müssen. Daraus resultierende Probleme ergründet dieser Sammelband aus frauen- bzw. menschenrechtlicher Perspektive, wobei alle Autorinnen einen dezidiert feministischen Standpunkt vertreten. Die meisten sind Juristinnen, hinzu kommen einzelne Politologinnen, die über eine ausgewiesene juristische Expertise verfügen und ihre Beiträge gemeinsam mit Rechtsexpertinnen verfasst haben. Die Wissenschaftlerinnen kommen aus Kolumbien, Brasilien, Südafrika, Kenia, Australien, Großbritannien und Frankreich; sie schreiben über ihre Herkunftsländer sowie allgemeine klimapolitische Themen. Das jeweilige nationale Recht und das Völkerrecht bilden den Referenzrahmen. Damit unterscheidet sich die Herangehensweise von der Mehrheit der Publikationen, die sich Frauen in der Klimakrise widmen. Die Herausgeberinnen betonen in ihrer konzeptionellen Einleitung, dass sie nichts von einer kontextlosen und pauschalen Betrachtung von Frauen als Opfern oder Retterinnen halten, die in

Veröffentlichungen zum Klimawandel bzw. zur Klimakrise anzutreffen ist, falls diese überhaupt Geschlechterdifferenzen wahrnehmen.

Demgegenüber geben die Herausgeberinnen zu bedenken, die Klimakrise werde bestehende, oftmals komplexe Machtstrukturen und Ungleichheiten verstärken, erste Anzeichen dazu gebe es bereits. Unter Beachtung intersektionaler Zusammenhänge weisen sie darauf hin, dass die Klimakrise rechtliche, politische, soziale und wirtschaftliche Errungenschaften zur Geschlechtergerechtigkeit auf lokaler, nationaler und globaler Ebene einschränken könnte. Für genauere Analysen sei deshalb die Beachtung rechtlicher Fragen ebenso wichtig wie ein weit gespannter konzeptioneller Rahmen zur Geschlechtergleichheit in Rechtssystemen bzw. -praxis sowie in politischen Systemen. Die Herausgeberinnen mahnen: Wenn Gender in der Klimapolitik unbeachtet bleibe, etwa in Planung und Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel, seien intensiviertere Geschlechterhierarchien eine sehr wahrscheinliche Folge.

Auf internationaler Ebene berücksichtigen Klimaabkommen Gender in Form von Partizipation. Gerechtigkeit müsse aber umfassender und intersektionaler in der Klimapolitik und deren Umsetzung verankert sein, fordert beispielsweise *Shreya Atray*, die über Menschenrechte und intersektionale Diskriminierung forscht. Im Bereich des internationalen Rechts reflektiert *Rowena Maguire* über das Dilemma, dass Naturkatastrophen vielerorts zum Anstieg an geschlechtsspezifischer Gewalt führen. Gesetze zum Klimawandel würden dies aber nicht beachten, umso notwendiger seien deren Reformen. Auch internationale Arbeitsrechte müssten erweitert werden, beispielsweise um Geschlechtergleichheit als Vorgabe für Jobs in der erneuerbaren Energiebranche zu verankern. Gezielte arbeitsrechtliche Vorgaben seien notwendig, verlangt *Sandra Fredman*, sonst würden auch grüne Jobs die Arbeitskraft von Frauen ausbeuten. Ähnliches sei bereits im informellen Sektor der Fall, der meistens – wie etwa die unbezahlte Care-Arbeit – unbeachtet bleibe. Die Bewahrung reproduktiver Rechte stehe ebenfalls auf der Agenda, denn auch darauf wirke sich die Klimakrise negativ aus. Angesichts gezielter Machtinteressen zur Unterminierung reproduktiver Rechte von Frauen seien hier besonders ausdifferenzierte Gegenstrategien notwendig.

*Meghan Campbell* analysiert sehr detailliert die international verbindliche UN-Konvention zur Überwindung aller Formen der Diskriminierung von Frauen (*Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women – CEDAW*). Zwar habe das CEDAW-Komitee diese um eine Empfehlung zur Berücksichtigung von geschlechtsspezifischen Folgen des Klimawandels und der Umweltkatastrophen erweitert und dabei einen intersektionalen Gender-Ansatz genutzt, doch sei die Ergänzung weitgehend reaktiv ausgerichtet, beispielsweise auf Katastrophenhilfe. Immerhin sollten Regierungen für ihre Staatsgebiete und Territorien, in denen ihre Streitkräfte gravierende Umweltschäden anrichten, zur Rechenschaft gezogen werden, zumal diese die reproduktive Gesundheit von Frauen stark beeinträchtigen. Auch für die Verantwortung von Unternehmen enthalte die Empfehlung zur CEDAW-Konvention erstmals Ansatzpunkte, die das CEDAW-Komitee für klimapolitische Forderungen nutzen könne.

Es ist das Verdienst der weitsichtigen Juristinnen, unterschiedliche Referenzrahmen internationaler Abkommen als Bezugspunkte für nationale und lokale Kämpfe von Frauen in Zeiten der Klimakrise zu benennen. Gleichzeitig kritisieren sie deren Desiderate. Für entsprechende Änderungen seien konkrete lokale Beispiele wichtig. Auch deshalb bindet dieser Sammelband ausgewählte Fallstudien aus Afrika und Lateinamerika konzeptionell ein.

So berichten *Helena Alviar Garcia & Maria Carolina Olarte-Olarte* über Arbeiterinnen in der kolumbianischen Blumenindustrie. Sie beschreiben anschaulich die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen in Gewächshäusern. Auch die Folgen des massiven Einsatzes von Insektiziden und Pestiziden auf die Körper der Frauen schildern sie drastisch. Zudem benennen sie die schweren Umweltschäden in diesem Agroindusbereich, der seit Jahrzehnten expandiert und viel fruchtbares Land sowie große Wassermengen beansprucht. Sie unterstreichen, dass die lokalen Folgen des Klimawandels nicht isoliert betrachtet werden sollten, sondern solche Hintergründe Beachtung finden müssen. Die kolumbianische Regierung erklärt sich zwar bereit, klimapolitische Ziele einzuhalten, doch die Strukturprobleme in der profitorientierten Blumenindustrie bleiben dabei außen vor. Umweltaktivist\*innen leben gefährlich, etliche wurden bereits ermordet. Auswege aus dem Dilemma zeigen – so die Einschätzung der Autorinnen – kleine Gemüsekooperativen auf, in denen Frauen gemeinsam ökologisch angepasst produzieren und ihre Interessen artikulieren.

Für Südafrika widmen sich *Beth Goldblatt & Shireen Hassim* mit Blick auf mineralische Ressourcen ebenfalls der Interessenvertretung von Frauen. An der *Wild Coast*, einem peripheren Küstengebiet am Indischen Ozean haben sich Frauen und Männer, die von Wanderarbeit und Armut stark betroffen sind, zusammengeschlossen, um sich auf dem Rechtsweg gegen die Pläne eines australischen Konzerns zu wehren, der die dortigen Titansande abbauen will. Das Vorhaben führte zu vielen politisch aufgeladenen Machtkonflikten auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene. Das Eintreten für Umweltrechte und gegen in- bzw. ausländische Minenkonzerne ist in Südafrika lebensgefährlich. Auch einige Vertreter des Zusammenschlusses wurden bereits ermordet; eine wichtige Repräsentantin erhielt ebenfalls massive Todesdrohungen. In den vom Klimawandel schon jetzt besonders betroffenen Küstengebieten betonen Aktivist\*innen die wechselseitigen Verstärkereffekte von Klima- und Umweltkrise, die insbesondere Frauen bewältigen müssen, zumal Männer gemäß der geschlechtlichen Rollenaufteilung als Wanderarbeiter die familiäre Existenz zu sichern versuchen.

Der lesenswerte Sammelband zeichnet sich durch die Kombination von anschaulichen empirischen Fallstudien und konzeptionellen Reflexionen zur Erfassung der Wechselwirkungen zwischen Klimakrise, sozio-ökonomischen Ungleichheiten und Geschlechterverhältnissen unter Beachtung von Frauen-/Menschenrechten und diesbezüglichen internationalen Abkommen aus.

Rita Schäfer

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v44i3.10>